

1. Option für Arme und Benachteiligte

Solidarität ist ein Grundpfeiler der katholischen Soziallehre. Damit ist die Forderung verbunden, allen Menschen ein Leben in Würde zu ermöglichen.

Wir treten dafür ein, dass

- Menschen, die einsam, ausgegrenzt oder benachteiligt sind, wahrgenommen und in das Gemeindeleben integriert werden
- soziale Beratungsdienste für Pflegebedürftige, Obdachlose, Asylbewerber, psychisch Kranke, und Suchtkranke gefördert werden
- Projekte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ins Leben gerufen werden
- Schulsozialarbeit an Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien eingeführt wird
- Menschen persönlich begleitet werden, die Rat, und Unterstützung benötigen (z.B. durch Ausbildungspatenschaften für Jugendliche im Übergang Schule-Beruf, Demenzpatenschaften)
- durch die Bildung von Integrations-Klassen in Kindergarten und Grundschule Menschen mit geistiger Behinderung gefördert werden
- Sport-Vereine ihre Rolle für die „Integrationsarbeit“ ernst nehmen und die Übungsleiter(innen) durch „sozialpädagogische“ Schulungen begleitet werden

2. Option für Familien

Lebendige Kommunen brauchen Nachwuchs. Umso wichtiger ist es, für Familien förderliche Rahmenbedingungen zu schaffen und Familienpolitik als eine Querschnittsaufgabe ernst zu nehmen.

Wir treten dafür ein, dass

- alle Beschlüsse auf ihre Familienverträglichkeit überprüft werden
- in Bebauungsplänen an ausreichend Wohnraum für junge Familien gedacht wird

- bei der Vergabe von preisgünstigem Bauland die Zahl der Kinder neben anderen Kriterien eine hervorgehobene Rolle spielt
- ausreichend Einrichtungen geschaffen werden, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern und den besonderen Bedürfnissen von Alleinerziehenden Rechnung tragen (Tagesmütter, Kindertageseinrichtungen, Hort an Schulen, Ganztagschule)
- Einrichtungen unterstützt werden, die die Erziehungsarbeit von Eltern begleiten (z.B. Zentrum der Familie, Eltern-Kind-Programm [EKP])
- Räume für die Jugendarbeit zur Verfügung gestellt werden, die Jugendliche selbstverantwortlich benutzen können

3. Option für eine wertorientierte Kultur des Miteinander

Welche Bedeutung christliche Werte im Leben einer Kommune haben, zeigt sich im Umgang miteinander: Wird jede(r) wertgeschätzt und akzeptiert? Werden Meinungsverschiedenheiten fair ausgetragen? Die Lebens- und Wertekultur zeigt sich auch an der Kultur des Feierns - und nicht zuletzt darin, welche Sterbe- und Bestattungskultur vorherrscht.

Wir treten dafür ein, dass

- unterschiedliche Lebensstile, Kulturen und Generationen sich gegenseitig wertschätzen und das Zusammenleben gefördert wird
- Menschen aus unterschiedlichen Kulturen sich mit Respekt begegnen und gemeinsame Veranstaltungen durchführen
- christliche Feste und Traditionen geachtet und gepflegt werden
- bei der Genehmigung von verkaufsoffenen Sonntagen restriktiv vorgegangen wird
- ein Bildungsprogramm angeboten und gefördert wird, das sich an christlichen Werten wie Menschenwürde, soziale Verantwortung und Achtung der Natur orientiert

- Angehörige fremder Religionen diese auch ausüben und pflegen können
- Krankenhausbesuchsdienste und die Sterbebegleiter(innen) von Hospizvereinen Unterstützung und Anerkennung erhalten
- in Krankenhäusern Palliativstationen eingerichtet werden
- ein Runder Tisch zu Fragen der Friedhofgestaltung und Bestattungswesens einberufen wird
- auf Friedhöfen Orte des Gedenkens an Opfer eingerichtet werden, an die niemand denkt (u.a. für ungeborene Kinder, für Opfer von Katastrophen und Kriegen)

4. Option für die Schöpfung

Die nachhaltige Sorge um die Umwelt fordert dazu heraus, langfristige Handlungsperspektiven zu entwickeln und die Zusammenhänge von Ökologie, Wirtschaft und Sozialem in den Blick zu nehmen.

Wir treten dafür ein, dass

- Regionalvermarktungsinitiativen unterstützt und deren Dienstleistungen genutzt werden
- die Ausweisung von neuen Baugebieten mit einem dezentralen Energieversorgungskonzept kombiniert wird, in dem die Nutzung der Solarnergie und nachwachsender Rohstoffe (z.B. Holz) sowie und Blockheizkraftwerken Berücksichtigung finden
- bei allen öffentlichen, auch kirchlichen Bauvorhaben umweltverträgliche und regionale Baustoffe verwendet werden
- Anreize zur Nutzung des Regenwassers (z.B. für die Toilettenspülung) geschaffen und in öffentlichen u. in kirchlichen Gebäuden diese Techniken vorbildhaft genutzt werden
- bei Flächennutzungsplänen eine flächensparende und bodenschonende Bauweise vorgegeben und auf eine sinnvolle Mischung von Wohnen, Einkaufen, Arbeiten und Regenerationsräumen geachtet wird

5. Option für die Eine-Welt

Einerseits wächst die Welt immer mehr zusammen, zugleich spaltet sich die Welt aber immer mehr. Der Glaube an Gottes Gerechtigkeit drängt dazu, sich damit nicht einfach abzufinden.

Wir treten dafür ein, dass

- Kommunen internationale Partnerschaften aufbauen und aus den Erfahrungen heraus politisch handeln (z.B. Eintritt ins Klimabündnis der europäischen Kommunen)
- Kampagnen und Netzwerke unterstützt werden, die zur Änderung von ungerechten Strukturen beitragen (Erlassjahr, Kinderarbeit u.a.)
- der Faire Handel sowie ethische Geldanlagen unterstützt werden
- die Bildungsarbeit für die Folgen unserer Konsum- und Produktionsweisen sensibilisiert

6. Für eine Kultur der Verantwortung

Eine Gesellschaft ist nur dann zukunftsfähig, wenn die Menschen nicht nur danach fragen: Wer ist zuständig? Welche Ansprüche kann ich stellen? - Sondern wenn sie fragen: Wo werde **ich** gebraucht? Wofür bin **ich** zuständig?

Wir treten dafür ein, dass

- bei kommunalen Entwicklungsprozessen kreative Formen der Ideenfindung (z.B. Zukunftswerkstätten) genutzt werden
- Freiwilligenzentren oder Ehrenamtlichen-Börsen aufgebaut bzw. gefördert werden
- mit Feiern, Ehrungen, Bürgerpreisen oder Vergünstigungen im Freizeitangebot (z.B. Ermäßigung von Eintrittsgeldern etc.) das ehrenamtliche Engagement wertgeschätzt wird
- durch die Kommunen, Kirchen und Verbände gemeinsame bewerbungsrelevante Ehrenamtsausweise ausgestellt werden

- die Gründung von Bürgerstiftungen gefördert wird, die vor Ort Kultur-, Umwelt-, Sport oder soziale Projekte unterstützen
- Kinder- und Jugendliche an kommunalen Prozessen und Entscheidungen beteiligt werden

7. Für eine gemeinwohlorientierte Politik

Bei Leistungen der Daseinsvorsorge geht es um die Verwirklichung von gemeinnützigen Zwecken: um die Versorgung einkommensschwacher Bevölkerungsschichten, um hohe Qualität und Versorgungssicherheit, um angemessene Arbeitsbedingungen und Umweltschutzziele. Dem Gemeinwohl widerspricht, wenn lebenswichtige Güter für den Menschen, wie zum Beispiel Wasser, dem freien Markt und Profitstreben übergeben werden. Damit setzt sich im Verhältnis Bürger - Staat eine rein ökonomische Sichtweise durch. Aus öffentlichen Gütern werden Konsumartikel und die Bürger als Träger sozialer Rechte werden zu Kunden auf dem Markt.

Wir treten dafür ein, dass

- die Privatisierung kommunaler Einrichtungen (Sozialwohnungen, Wasserversorgung, Stadtwerte, Krankenhäuser etc.) gestoppt wird
- die Krankenversicherung und auch die Wasserversorgung in der Verantwortung der kommunalen Ebene bleibt
- Vorhaben, öffentliche Einrichtungen in Public Private Partnerships (PPP) bauen zu lassen und auf der Basis langfristiger privatrechtlicher Verträge zu nutzen, sehr kritisch geprüft werden

Diözesanrat der Katholiken im Bistum Eichstätt

85072 Eichstätt, Luitpoldstr. 2
Telefon (08421) 50-615, Fax (08421) 50-850-614
E-Mail: dioezesanrat@bistum-eichstaett.de

Christliche Optionen für die Kommunalpolitik

Eine Auswahl an Themen und Handlungsfeldern



**Diözesanrat der Katholiken
im Bistum Eichstätt**